

Ich will auch so einen Preis!

Endlich!

Das Land Hessen hat erstmals einen „Preis für lesbische Sichtbarkeit“ verliehen.

„Oft bleiben sie als lesbische Frauen* dabei jedoch unsichtbar, erfahren strukturelle Diskriminierungen sowie die De-Thematisierung ihrer Identität(en) und werden unsichtbar gemacht.“ So heißt es in der Begründung der Landesregierung, und das finde ich toll.

Vielleicht ist jemand von Ihnen so freundlich, mich der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen auch mal für einen Preis vorzuschlagen. Ich bin zwar nur (gern) heterosexuell, aber werde dafür, dass ich gern Mann bin, auch zunehmend von der Feminismus-Industrie diskriminiert als potentieller Vergewaltiger. Das allein wird aber wahrscheinlich für einen Preis nicht reichen, denn wir Männer sind ja bekanntermaßen alle so.

Aber wie wäre es mit einem Preis für „rechtspopulistische Sichtbarkeit“? Rechtspopulisten sind ständig strukturellen Diskriminierungen in Deutschland ausgesetzt und werden medial unsichtbar gemacht, so bald sie etwas Kluges veröffentlichen, was ich zweifellos täglich mache.

Digitalisierung fördern in Deutschland: 200 Mio für das Verteilen von Papier

Unsere famose Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck am Haushaltsplan für das Jahr 2021. Dort findet sich ein neuer Posten, der die „Transformation der Digitalisierung“ in den Medien fördern soll - mit 180 Millionen Euro im ersten und dann noch einmal 20 Millionen im zweiten Schritt.

Digitalisierung - das klingt erstmal schön im Jahr 2020. Doch hier soll Geld für das genaue Gegenteil verbraten werden, denn das Steuergeld - Ihr Geld - soll in die Bezuschussung der Zustellung von Zeitungen und Anzeigenblättern fließen. Oder anders gesagt: Unter dem innovativen Begriff „Transformation der Digitalisierung“ wird in Wahrheit Geld verbraten, um alte, sterbene Printprodukte noch ein wenig länger am Leben zu erhalten. Wahrscheinlich größter Nutznießer davon dürfte die Medienholding der SPD werden, die zahlreiche Beteiligungen an Printmedien in Deutschland unterhält. Kein Wunder, dass der Vorschlag für diesen Haushaltstitel von den Sozialdemokraten in der Regierungskoalition eingebracht wurde.

So ist Politik eben, können Sie jetzt lapidar einwerfen. Und ja, das stimmt. Aber gefallen muss mir und uns die Selbstbedienungsmentalität der Regierenden deshalb noch lange nicht.

Liebig 34: Linke raus, Flüchtlinge rein

Gijora Padovicz, der Eigentümer des gerade geräumten Hauses „Liebig 34“ in Berlin, will etwas Gutes tun. Nachdem er unter Zuhilfenahme von 1.500 Polizeibeamten aus ganz Deutschland die linksradikal-feministisch besetzte Immobilie von etwa 60 Personen hatte befreien lassen, teilte er den Berlinern und der Welt jetzt mit, welcher Bestimmung sein Gebäude demnächst dienen soll. Sofern es jemals noch einer Bestimmung dienen kann, denn wer die Fotos der verdreckten Räume gesehen hat, wird daran Zweifel hegen.

Padovicz will nach der Grundsanierung Flüchtlinge statt Linksextremisten in der Liebigstraße einziehen lassen und beweist damit, welcher feiner Humor auch in der Berliner Immobilienbranche von heute zu finden ist.

AfD pur: Ausgeschlossen und direkt für den Bundestag nominiert

Der AfD-Politiker Frank Pasemann ist gestern als Direktkandidat für die Bundestagswahl 2021 nominiert worden einstimmig. Er ist jetzt der AfD-Kandidat für den Wahlkreis 69 Magdeburg. Pasemann gehört zum völkisch-nationalen „Flügel“, den es ja angeblich gar nicht mehr gibt, und ist eng verbandelt mit dem jüngst aus der Partei ausgeschlossenen Andreas Kalbitz. Auch das verbindet Pasemann mit ihm, denn das Landesschiedsgericht der Partei hat gerade bestätigt, dass er nicht mehr dazu gehört. Nun geht's vor das Bundesschiedsgericht.

Pasemann ist Ihnen vielleicht durch sein seltsames Finanzgebahren noch in Erinnerung, insbesondere aber durch einen Tweet über den prominenten jüdischen TV-Moderator Michel Friedman. Den hatte er als „der ewige Friedman“ bezeichnet, für viele ein Bezug auf den berüchtigsten Nazi-Propagandafilm „Der ewige Jude“. Pasemann bestritt daraufhin, den Film überhaupt zu kennen und löschte den Tweet.

Fassen wir zusammen: Ein AfD-Bundestagsabgeordneter fliegt aus der Partei und wird direkt danach einstimmig wieder als AfD-Bundestagskandidat nominiert. Eine wirklich ungewöhnliche Partei.

Dreck, Dreck, Dreck - das queere Vorzeigeprojekt in der Liebigstraße

Haben Sie die Fotos aus dem endlichen geräumten Haus „Liebig 34“ in Friedrichshain gesehen? Ich hoffe, erst nach dem Frühstück, denn sonst dürften viele von Ihnen den Brechreiz nur mühsam unterdrückt haben können. Was für ein ekelhaftes Drecksloch war dieses „queerfeministische“ Vorzeigeprojekt, jahrelang gehegt und gepflegt durch eine verantwortungslose linksgrüne Clique, die im Rathaus die Mehrheit innehat, weil ihre Klientel immer brav zur Wahl geht, während Bürgerliche, die arbeiten und Familie haben, einfach wegziehen. Wenn die Leute, die in der „Liebig 34“ hausten - wohnen kann man das wirklich nicht nennen - das Zukunftsmodell für unsere Gesellschaft sind, dann prost Mahlzeit. Und wer um alles in der Welt wählt immer noch die Grünen?

AfD-Politiker Junge fordert Rücktritt von Gauland und Weidel

Die AfD kommt nicht zur Ruhe. Uwe Junge, ehemaliger Stabsoffizier der Bundeswehr und jetzt Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Landtag von Rheinland-Pfalz, hat heute in einem Brief an alle AfD-Bundestagsabgeordneten den Rücktritt der beiden Fraktionssprecher im Bundestag, Alexander Gauland und Alice Weidel, gefordert. Junge schreibt:

„Mit Seilschaften, Intrigen, Niederträchtigkeiten und Verleumdungen stehen wir letztlich nicht besser da, als das Konstrukt der Altparteien, gegen das wir ursprünglich angetreten sind.“

Aktueller Anlass des Schreibens Junges sind die widerwärtigen Äußerungen des früheren Sprechers Christian Lüth, der in einem heimlich aufgezeichneten Gespräch von „erschießen“ und „vergasen“ im Zusammenhang mit Flüchtlingen gesprochen hatte. Junge nahm weiter Bezug auf die „Ereignisse in Niedersachsen und Schleswig-Holstein“, sowie die „Dauerquerelen in Bayern und Baden-Württemberg“.

Weiter schreibt er:

„Die vier Kardinalstugenden nach von Moltke, nämlich Redlichkeit, Tapferkeit, Großmut und Höflichkeit sind kaum noch anzutreffen.“

Debatte zweier alter Herren: Eine einzige Enttäuschung

Die erste Fernsehdebatte der Kandidaten um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten ist vorbei. Gut so! Wie Sie wissen, bin ich grundsätzlich ein großer Bewunderer der USA und des *american way of life*. Ein Land, aufgebaut auf Freiheit und Recht, das jedem Bürger den Weg frei räumt, etwas aus seinem eigenen Leben zu machen – der Tellerwäscher, Sie wissen schon – ist phantastisch. Und in direktem Vergleich zu den kollektivistischen Systemen, in denen der Einzelne nichts zählt, überstrahlt es auch heute noch glanzvoll alle anderen Gesellschaftsmodelle. *John Winthrop*, beschrieb die „Shinig City upon a Hill“ im Jahr 1630, nachdem er mit elf Schiffen und 700 Siedlern die neue Welt erreicht hatte, in einer Predigt, die der frühere US-Präsident Ronald Reagan am 11. Januar 1989 in seiner Abschiedrede an die Nation aufgriff. Er sagte:

„Ich habe von der strahlenden Stadt mein ganzes politisches Leben lang gesprochen, aber ich weiß nicht, ob ich jemals genau das vermittelt habe, was ich sah, als ich davon sprach. Aber in meiner Vorstellung war es eine große stolze Stadt, gebaut auf Felsen stärker als Ozeane, windgepeitscht, von Gott gesegnet und von Menschen aller Art bewohnt, die in Harmonie und Frieden lebten...“

(Die ganze Rede ist ein Genuss für Menschen, die die „Reagan-Revolution“ damals verfolgt haben. Sie können die Ansprache des unvergesslichen Präsidenten unten in voller Länge anschauen. Der Teil, von dem ich hier schreibe, beginnt etwa bei 18:00 min)

Und gestern nun diese Fernsehdebatte. Nichts dokumentiert mehr den beunruhigenden Absturz dieser so vitalen Nation, den wir in diesen Tagen erleben, als das Aufeinandertreffen dieser beiden Sturköpfe. Unfähig zum Austausch unterschiedlicher Konzepte, unfähig, dem anderen zuzuhören, unfähig, die vorher vereinbarten Regeln für die Debatte auch nur im Ansatz zu akzeptieren. Ein Beispiel dafür, wie man es in einer demokratischen und zivilisierten Gesellschaft auf keinen Fall machen sollte. Eine einzige Enttäuschung....

Go for it: Es ist Machtpolitik, kein Grund zur Aufregung

Die DEMs in Amerika hyperventilieren. US-Präsident Donald Trump hat Amy Coney Barrett (48) als neue Richterin am US-Supreme-Court nominiert, nachdem die linksliberale Richter-„Ikone“ Ruth Bader Ginsburg in der vergangenen Woche verstorben ist. Eine Richterin stirbt, eine andere wird gewählt – ein ganz normaler Vorgang, aber nicht in diesem Fall.

Am 3. November nämlich wählen die USA einen neuen Präsidenten – oder den bisherigen noch einmal. Nehmen wir mal an, Barack Obama säße noch im Oval Office. Einer der konservativen Richter sei verstorben und ein Platz im Obersten Gericht der Vereinigten Staaten wäre frei. Die gleichen Medien und Politiker, die in diesen Tagen aufjaulen – anders kann ich es nicht nennen – würden mit Inbrunst fordern, das diese Richterstelle nun unbedingt noch vor der Wahl im November besetzt werden müsse – linksliberal natürlich, also für die gute Sache.

Dumm gelaufen, denn der amtierende Präsident heißt Donald Trump, und ihm ist schnurzegal, das die „Washington Post“, CNN oder „Sleepy Joe“ dazu meinen. Er schafft Fakten, er weiß, wie Machtpolitik funktioniert.

Die ARD empört sich: Amy Coney Barrett sei „tief religiös“ und „konservativ“. Gut so! Eine konservative Richterin, die an Gott glaubt, das kann nur gut sein für die USA. Go for it, Amy!

Wie SPIEGEL Online die Wirklichkeit durch Weglassen verzerrt

Seit über 35 Jahren bin ich mit Leib und Seele Journalist. Neugierig zu sein, das ist sozusagen in meiner DNA angelegt. Die Wirklichkeit verstehen, interessante Menschen kennenzulernen und darüber zu schreiben und zu senden. Genau das ist mein Ding. Und das, was ich damals in der Ausbildung bei einer regionalen Tageszeitung (Westfalen-Blatt, Bielefeld) gelernt habe, das ist bis heute Richtschnur meiner Arbeit. Sich nicht mit einer Sache gemein machen, wenn man Fakten berichtet, eine Meinung als Kommentar klar erkennbar zu machen, immer versuchen, die andere Seite zu verstehen, immer mindestens eine zweite Stimme einholen.

Eben habe ich wieder bei *SPIEGEL Online* reingeschaut, das ich als politischer Journalist nicht vermeiden kann (aber gern würde). „Polizei war jahrelang unterbesetzt“ ist ein [Text](#) überschrieben, in dem es um rechtsextrem motivierte Brandanschläge auf PKWs vornehmlich von linken Politikern geht. Diese Anschlagsserie sei nicht intensiv untersucht worden, weil es nach dem islamistischen Terroranschlag 2016 auf den Weihnachtsmarkt andere Prioritäten gab, wird erklärt.

In dem ganzen Artikel kommt das Wort „AfD“ nicht einmal vor. Auch nicht, dass es vielleicht manchmal auch Anschläge von Links gibt. Kein Wort über den Brandanschlag auf das Auto des AfD-Europaabgeordneten Nikolaus Fest, nichts über den Brandanschlag auf das Auto des Berliner Abgeordneten Frank-Christian Hansel, kein Wort über den Anschlag auf das Auto der Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch. Und es geht nicht ausschließlich um AfD-Politiker. So fand ein eher konservativer Berliner Journalist sein Auto morgens ausgebrannt vor, anderswo war auch das Auto einer bekannten Familienaktivistin Ziel eines Anschlags mit erheblichem Sachschaden

Die AfD hat inzwischen sogar eine Seite im [Netz](#), wo ausschließlich Brandanschläge auf Autos ihrer Politiker dokumentiert werden.

Was SPIEGEL Online (und viele andere Medien in Deutschland) betreiben, das hat mit Journalismus und objektiver Berichterstattung nichts mehr zu tun. Sie zeichnen ein Zerrbild einer Gesellschaft, wo die Rollen klar verteilt sind: Links, die Netten, die grundsätzlich nur das Gute wollen. Rechts, die Bösen, zerfressen von Hass auf alles Fremde und immer gewaltbereit.

Aber so ist es eben nicht: Auch der linke Terror ist in unserem Land ein beängstigendes Problem, und er muss endlich auf die politische und mediale Agenda!

Helfen Sie mit, unterstützen Sie freie Medien wie diesen bürgerlich-konservativen Blog! Wenn SIE in der Lage und willens sind, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

„Synodaler Weg“ braucht (fast) kein Mensch

Der katholische „Reformdialog“ mit dem schönen Namen „Synodaler Weg“ stößt auf geringes Interesse beim Volk Gottes. Das wurde jetzt in einer repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „INSA Consulere“ dokumentiert. Nur elf Prozent der Christen insgesamt interessieren sich für das von der Amtskirche eingeleitete Palaver über angeblich notwendige „Reformen“. Der gefühlt 100. Versuch sogenannter Reformer, die katholische Kirche in Deutschland weiter zu protestantisieren.

Kann man machen, aber was ich nie verstehe werde: Warum wechseln die Freunde des „Synodalen Weges“ nicht einfach zu den reformierten Brüdern und Schwestern? Ist doch ganz einfach, und dann macht Ihr euer Ding und wir machen unseres. Ich, zum Beispiel, würde gern mal wieder in Ruhe und ohne Gesichtsmaske eine Heilige Messe besuchen. Eine Stunde, in SEINER Nähe – das ist 10.000 Mal mehr wert, als alle diese sogenannten Reformprozesse.